

Mein Berlin, mein Berlin (IV)

1. In den letzten Monaten wurde die Diskussion um Hilfen für Berlin bei der Bewältigung seiner Schulden versachlicht. Das ist erfreulich.

Inzwischen hat der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger (CDU) als derzeit amtierender Vorsitzender der Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung seine Vorstellungen von finanziellen Hilfen z. B. für Berlin verdeutlicht:

Er geht davon aus, dass der Bund und die Bundesländer „in 3 bis 8 Jahren“ keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Dann seien sie gemeinsam in der Lage, in einem Bund-Länder-Fonds einzuzahlen. „Aus diesem Fonds würde Berlin für jeden Euro Schulden, der abgebaut wird, einen zusätzlichen Euro erhalten. Oettinger erwartet keine schnellen Lösungen, sondern rechnet damit, dass mindestens 30 Jahre erforderlich sind, die Schuldenprobleme von Bund und Ländern zu bewältigen (Berliner Morgenpost, 06.06.07).

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) begrüßt solche Vorschläge, rechnet aber mit harten Verhandlungen über die Frage, „wer die Lasten dieses Fonds“ tragen soll (Tagesspiegel, 06.06.07).

2. In der aktuellen Berlin-Diskussion spielt weiterhin die Aufteilung der Regierungsaufgaben zwischen Bonn und Berlin eine wichtige Rolle.

Das Bundesinnenministerium stellte kürzlich fest, dass noch immer jährlich 66.000 Dienstreisen per Flugzeug zwischen Köln/Bonn und Berlin nötig sind, deren Kosten auf jährlich 50 Millionen Euro geschätzt werden (Berliner Zeitung , 13.06.07).

Der Haushaltsausschuss des Bundestages will an diesem Umgang mit unserem Steuergeld etwas ändern. Er erhielt jetzt Unterstützung vom Finanzministerium, dessen Staatssekretär Werner Gatzler kürzlich an den Ausschussvorsitzenden Otto Fricke schrieb: „Organisatorische Maßnahmen können bei den Bundesministerien, die ihren Sitz in Berlin genommen haben, im Einzelfall dazu führen, dass ein zweiter Dienstsitz in Bonn nicht mehr zu rechtfertigen und somit aufzugeben wäre.“ (Tagesspiegel, 13.06.07).

Am 04.07.07 wollte der Haushaltsausschuss über die Aufteilung der Regierungsaufgaben zwischen Bonn und Berlin entscheiden. Auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD wurde die Entscheidung jetzt auf den September verschoben (Tagesspiegel, 05.07.07).

Sollte der Großen Koalition, die uns heute regiert, wirklich daran gelegen sein, die als unsinnig erkannte Form der Aufteilung beizubehalten?

Detlef Schuster
Kreisvorsitzender